

Politikfelder der EU - Außenhandel

Einsatz für freien und fairen Handel

Mit einem Anteil von 20 % an den weltweiten Ein- und Ausfuhren ist die Europäische Union die größte Handelsmacht der Welt. Der freie Handel zwischen ihren Mitgliedstaaten war ein Stützpfeiler der Gründung der EU vor 50 Jahren. Daher setzt sich die Union aktiv für eine Liberalisierung des Welthandels zum Nutzen der armen wie der reichen Länder ein.

Vorteile für alle

Handel führt weltweit zu mehr Wirtschaftswachstum – zum Vorteil aller. Die Verbraucher können aus einem breiteren Warenangebot wählen. Der Wettbewerb zwischen eingeführten und lokalen Erzeugnissen lässt die Preise sinken und die Qualität steigen. Die Liberalisierung des Handels ermöglicht einen fairen Wettbewerb zwischen den effizientesten EU-Unternehmen und ihren Konkurrenten in anderen Ländern. Um die Entwicklungsländer zu unterstützen, ist die Europäische Union bereit, den EU-Markt für deren Exporte selbst ohne Gegenleistung zu öffnen.

Ihren Wohlstand verdankt die EU maßgeblich dem Abbau von Handelshemmnissen, und deshalb setzt sie sich nachdrücklich für die weltweite Liberalisierung ein. Mit der Aufhebung der Handelszölle zwischen den EU-Ländern wurden auch die Zölle für Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern vereinheitlicht. Das bedeutet, dass auf Waren einheitliche Einfuhrzölle erhoben werden, unabhängig davon, ob sie über Genua oder Hamburg in die EU eingeführt werden. Dadurch kann ein Fahrzeug aus Japan, auf das bei der Einfuhr nach Deutschland Einfuhrzoll gezahlt wird, nach Belgien oder in die Niederlande verbracht und dort genauso verkauft werden wie ein in Deutschland hergestelltes Fahrzeug, ohne dass zusätzliche Zölle erhoben werden.

Ein klares Engagement

Die EU spielt in den internationalen Verhandlungen zur Liberalisierung des Handels von jeher eine zentrale Rolle. Die jüngste dieser Verhandlungsrunden ist die im Jahr 2001 begonnene so genannte Doha-Entwicklungsrunde. Ziel dieser im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) durchgeführten Verhandlungen ist die Senkung von Zöllen und die Beseitigung anderer Handelshemmnisse. Die EU hat ihren Durchschnittszoll auf die Einfuhren gewerblicher Erzeugnisse im Zuge früherer Verhandlungsrunden auf 4 % gesenkt. Das ist mit das niedrigste Niveau weltweit.

In der Doha-Runde werden nur langsam Fortschritte erzielt. Zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kam es in Bezug auf die gegenseitige Öffnung der Märkte und die seit langem diskutierten Agrarsubventionen zu gravierenden Differenzen. Die Verhandlungen gerieten von einer Krise in die nächste.

Ein regelgestütztes System

Die Europäische Union hat sich sehr für ein Gelingen der Doha-Runde eingesetzt. Sie vertraut darüber hinaus voll und ganz auf das regelbasierte System der WTO, das eine gewisse rechtliche Sicherheit und Transparenz im internationalen Handel bietet. Die WTO legt Regeln fest, so dass sich ihre Mitglieder gegen unlautere Handelspraktiken wie Dumping – Verkauf zu nicht kostendeckenden Preisen – wehren können, mit denen sich Exporteure gegen lokale Konkurrenten durchzusetzen versuchen. Ferner sieht sie Streitbeilegungsverfahren vor.

Ein Geflecht aus Abkommen

Handelsregeln sind multilateral, der Handel selbst jedoch ist bilateral: zwischen Käufern und Verkäufern, Exporteuren und Importeuren. Aus diesem Grund hat die EU neben ihrer Beteiligung an der Doha-Runde und vorangegangenen WTO-Runden auch ein Netz aus bilateralen Handelsabkommen mit einzelnen Ländern und Regionen in der ganzen Welt geknüpft.

Mit ihren Nachbarn im Mittelmeerraum sowie mit Russland und den anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion wurden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geschlossen.

Handel und Entwicklung

Die Handelspolitik der EU ist eng verknüpft mit ihrer Entwicklungspolitik. Im Rahmen ihres Allgemeinen Präferenzsystems (APS) gewährt die Union den Entwicklungsländern zollfreien oder präferenziellen Zugang zu ihrem Markt. Für die 49 ärmsten Länder der Welt geht dieses System sogar noch weiter: Alle ihre Ausfuhren – mit Ausnahme von Waffen – haben zollfreien Zugang zum Gemeinschaftsmarkt.

Die EU hat mit ihren 78 Partnern in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean eine neue Handels- und Entwicklungsstrategie ausgearbeitet, um sie in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Mit Südafrika wurde ebenfalls ein Abkommen zur Handelsliberalisierung geschlossen. Über ein Freihandelsabkommen mit den sechs Mitgliedern des Golfkooperationsrates – Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate – wird noch verhandelt.

Weiter bestehen Abkommen mit Mexiko und Chile; zudem versucht die EU, ein Abkommen zur Handelsliberalisierung mit den Ländern der Mercosur-Gruppe – Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – auszuhandeln.

Handel mit den wichtigsten Partnern

Mit ihren wichtigsten Handelspartnern unter den Industrieländern, wie beispielsweise den Vereinigten Staaten und Japan, wurden jedoch keine besonderen Handelsabkommen geschlossen.

Der Handel wird über die WTO-Mechanismen geregelt, wenngleich die EU mit diesen beiden Ländern eine Reihe von Vereinbarungen in bestimmten Sektoren getroffen hat.

Die WTO-Regeln gelten auch für den Handel zwischen der EU und China, das der Welthandelsorganisation 2001 beitrug. Heute ist China hinter den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Handelspartner der Union.